

Fraktion **direkt**

63 | 14. September 2012

Zur Lage

Ein sehr wichtiger Schritt zur Euro-Stabilisierung Karlsruhe bestätigt Koalitionskurs



Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Überwindung der Euro-Schuldenkrise. Es steht nun fest, dass der ESM in absehbarer Zeit in Kraft treten kann. Karlsruhe hat damit den Kurs der Koalition bestätigt. Mit dem ESM wird die Währungsunion dann über ein geeignetes Instrument verfügen, um Euro-Staaten in Not helfen zu können. Damit müssten nun zum Beispiel bei manchen US-Bankern die Zweifel darüber beseitigt sein, dass die Euro-Staaten ihre Währung auch wirklich gegen Spekulationen verteidigen wollen.

Besser das Übel an der Wurzel packen

Mit dem ESM können wir aber nur eine Notlage überbrücken. Wichtiger ist, dass wir das Übel an der Wurzel bekämpfen und verhindern, dass erneute Krisenfälle überhaupt erst eintreten. Darum ist es so wichtig, dass alle Länder den Fiskalpakt einhalten. Mit seinen Regeln zur

Schuldenbegrenzung ist der Fiskalpakt wie ein Trainingsprogramm, das alle Euro-Staaten über kurz oder lang wieder in Form bringen wird.

„Auch wir stecken mitten in einer Veränderungsphase“

Der Weg zur Konsolidierung ist für viele Länder nicht einfach. In Frankreich wird über die Erhöhung von Steuern nachgedacht. In Spanien wird das Budget zusammengestrichen. Italien reformiert sein Rentensystem. Deutschland hat viele dieser Reformen schon hinter sich. Aber auch wir stecken mitten in einer Veränderungsphase. Wir reduzieren unsere Neuverschuldung Schritt für Schritt. Der in dieser Woche in den Bundestag eingebrachte Bundeshaushalt für das nächste Jahr beweist dies. 2016 wollen wir im Bund ohne neue Schulden auskommen.

Die Opposition meint, dass wir nicht genug sparen. Sie sagt aber nicht, wo sie selbst sparen würde. So bleibt der Vorwurf von SPD und Grünen unglaublich, zumal sie andauernd Mehrausgaben verlangen. Das Bildungspaket für die Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, war einst SPD und Grünen viel zu klein. Das jetzt vorgestellte SPD-Rentenkonzept würde Milliarden an Steuergeldern verschlingen.

Es bleibt dabei: Es ist gut, dass die christlich-liberale Koalition regiert. Hierzulande gleichen wir in vernünftiger Weise die Interessen aus. In Europa wendet sich die Lage zum Besseren – vor allem dank der Politik der Bundeskanzlerin.

Volker Kauder

Inhalt

Ein sehr wichtiger Schritt zur Euro-Stabilisierung	1
Schneller Start für ESM und Fiskalpakt	2
„Deutschland geht es gut“	3
Weiter auf Konsolidierungskurs	4
Vorrang für Bildung und Forschung	5
Weg frei für Fiskalpakt und Rettungsschirm ESM	6
EZB soll europäische Bankenaufsicht übernehmen	6
Ein echter Freund Japans	7
Religionsfreiheit – ein fundamentales Menschenrecht	8
Kulturelles Erbe bewahren – Avantgarde fördern	8
Einblicke in die Arbeit des Parlaments	9
Im neuen Gewand	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Schneller Start für ESM und Fiskalpakt

Gute Nachricht in einer schwierigen Zeit

Gebannt haben wir alle am letzten Mittwoch nach Karlsruhe geschaut. Um kurz nach Zehn stand fest: Die Euro-Skeptiker sind gescheitert. In seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass die Verträge über den Rettungsschirm ESM und den Fiskalpakt mit unserem Grundgesetz übereinstimmen. Das ist eine sehr gute Nachricht in einer schwierigen Zeit – für die Welt, für Europa und vor allem für unser Land. Sie bestätigt die Politik unserer Bundesregierung zur Bewältigung der Euro-Krise: Solidarität aus dem Rettungsfonds gibt es nur gegen Solidarität in Form von Sparen und Reformen in den Ländern, die Hilfe benötigen. Nur so können wir uns vor weiteren Krisen schützen sowie EU und Euro-Zone für die Zukunft fit machen. Denn weniger Verschuldung und – teils sehr schmerzhaft – Reformen bringen dauerhaft mehr Wettbewerbsfähigkeit und stärken so die ganze Euro-Zone.

Wir wollen, dass sich eine Krise wie diese in der EU und den Euro-Ländern nicht wiederholt. Nur durch konsequente Reformen in allen Mitgliedstaaten und ausgeglichene Staatshaushalte können wir das erreichen. Mit ihrem Kurs setzt die Bundesregierung hohe Maßstäbe, damit EU und Euro-Zone im globalen Wettbewerb nicht nur mithalten, sondern weiterhin führen können. Diesen Kurs können wir nun konsequent fortsetzen.

Die Krise in der Euro-Zone stellt uns gleichzeitig vor grundlegende Fragen und Herausforderungen. Wir müssen eine Antwort darauf finden, wie wir die Europäische Union in Zukunft gestalten wollen, wie sie demokratischer werden kann und wie wir künftig die Aufgaben zwischen der EU als Ganzes und ihren Mitgliedstaaten verteilen wollen. Das ist eine große Gestaltungsaufgabe, auf die es keine schnellen Antworten gibt. Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit. Und



Foto: Jördis Zähning

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

wir müssen genau schauen, wo wir zwingend „mehr Europa“ brauchen und an welcher Stelle die Aufgaben besser in den Händen der Mitgliedstaaten liegen. Auch hier müssen wir strenge Maßstäbe anlegen und dürfen finanzielle Risiken nicht ohne ausreichende Kontrolle verteilen.

Vor allem brauchen wir starke Parlamente in der EU. Europapolitisches Handeln muss auf allen Ebenen – europäisch und national – ausreichend von den Volksvertretungen und damit auch von den Bürgern legitimiert sein. Daran müssen sich alle nun diskutierten Vorschläge zur Bankenaufsicht, zu einer möglichen Bankenunion und zu weiteren Schritten hin zu einer politischen Union messen lassen.

Europa ist nicht nur ein einmaliges Friedens- und Wohlstandsprojekt. Europa ist auch unsere Zukunft. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts haben ein gutes Signal gesendet – für unser Land und für ganz Europa.

„Deutschland geht es gut“

Generaldebatte im Bundestag – Kanzlerin zieht positive Bilanz der christlich-liberalen Politik

Trotz Euro-Schuldenkrise und schwächelnder Weltkonjunktur: „Deutschland geht es gut.“ Dieses Fazit zog Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Generalaussprache zum Haushalt 2013 am Mittwoch im Bundestag. „Dies ist auch der Erfolg der christlich-liberalen Koalition“, unterstrich Merkel. Im einzelnen stellte sie fest, dass Deutschland „Stabilitätsanker und Wachstumsmotor in Europa“ sei, die niedrigste Arbeitslosenrate seit der Wiedervereinigung habe und in absehbarer Zeit auf einen ausgeglichenen Haushalt zusteure.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder unterstrich, erstmals seit Jahren seien die sozialen Sicherungssysteme intakt, erstmals stünden keine Beitragserhöhungen ins Haus. Dies sei eine Beruhigung für die Bevölkerung. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte angesichts der guten Wirtschafts- und Haushaltslage, heute sei Deutschland für viele andere Länder – nicht nur in Europa – ein Vorbild.

In ihrer Rede ging Merkel auch auf die aktuelle Situation in Europa ein. So begrüßte sie die Entscheidung des



Angela Merkel während der Generaldebatte

Foto: Tobias Koch

Bundesverfassungsgerichtes, das den europäischen Rettungsschirm ESM am Mittwochvormittag unter Vorbehalt genehmigt hatte. „Das ist ein guter Tag für Deutschland und ein guter Tag für Europa.“

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist ein wesentliches Instrument zur Bewältigung der Schuldenkrise. Über ihn können hochverschuldete Euro-Staaten Hilfen bekommen, wenn sie sich im Gegenzug zu Strukturreformen und zum

Schuldenabbau verpflichten. Kauder unterstrich, dass es nichts nütze, Europa mit Geld zu fluten. Stattdessen müssten die betroffenen Länder die notwendigen Strukturreformen in die Wege leiten.

„Kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten“

Die Kanzlerin kündigte an, dass sich Deutschland aktiv an der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion beteiligen werde, um die Gefahr weiterer Krisen für die Zukunft zu bannen. Kauder mahnte, dass dabei nicht die Frage außer Acht gelassen werden dürfe, wie in einem immer komplexer werdenden Europa die Parlamentsbeteiligung aufrecht erhalten werden könne. „Wir wollen nicht ein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten“, betonte er.

Nachtragshaushalt 2012

Für das Jahr 2012 plant die Koalition einen zweiten Nachtragshaushalt. Er umfasst zum einen die Ausgaben für einen beschleunigten Ausbau der Kindertagesstätten in Höhe von 580 Millionen Euro, zum anderen den deutschen Beitrag zur Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Umfang von 1,6 Milliarden Euro.

Die Kapitalerhöhung der EIB im Gesamtvolumen von zehn Milliarden Euro hatten die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem letzten Gipfel Ende Juni beschlossen. Damit soll die EIB Projekte privater Investoren finanzieren können, die dazu beitragen, die Wirtschaft in den Krisenländern der Euro-Zone anzukurbeln.

Das zusätzliche Geld für den Kita-Ausbau wird den Bundesländern zur Verfügung gestellt. Damit soll gewährleistet werden, dass der Anspruch auf Ganztagesbetreuung für unter Dreijährige ab August nächsten Jahres auch eingelöst werden kann.

Der Bundestag hatte wegen der fälligen Bareinzahlungen in den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM in Höhe von 8,7 Milliarden Euro bereits im Juni einen Nachtragshaushalt beschlossen. Für 2012 umfasst die Neuverschuldung nach derzeitiger Planung 32,1 Milliarden Euro.

Weiter auf Konsolidierungskurs

Barthle im Gespräch mit „Fraktion direkt“ über den Haushalt 2013 – Maßvolle Kürzungen und gezielte Investitionen



Norbert Barthle

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat diese Woche in erster Lesung den Haushalt für das Jahr 2013 beraten. Der Haushaltsentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 302,2 Milliarden Euro vor. Die Nettokreditaufnahme beträgt danach 18,8 Milliarden Euro. Über den Entwurf sowie den Finanzplan bis 2016 sprach „Fraktion direkt“ mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle.

Herr Barthle, mit dem Haushalt 2013 setzt die christlich-liberale Koalition ihren Konsolidierungskurs fort. Wo wird der Rotstift angesetzt?

Barthle: Dank der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung verfügen die Sozialversicherungen über große Reserven. Die Sozialversicherungen erhalten aus dem Bundeshaushalt hohe Zuschüsse aus Steuermitteln. Zur Haushaltskonsolidierung nehmen wir mit dem Haushaltsbegleitgesetz maßvolle Kürzungen bei diesen Bundeszuschüssen vor. Damit ist kein sozialer Kahlschlag oder die soziale Spaltung unseres Landes verbunden, wie die Opposition behauptet.

Der Bereich soziale Sicherung ist mit Abstand der größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Wir geben dafür rund 145 Milliarden Euro oder rund 48 Prozent der gesamten Ausgaben aus.

Auf einen weiteren Punkt will ich hinweisen: In den vergangenen Jahren haben wir über 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung abgebaut. Mit gut 250.000 Stellen haben wir heute rund 50.000 weniger als vor der Wiedervereinigung. Beim Personalabbau aber ist das Ende der Fahnenstange jetzt erreicht.

Trotz aller Sparbemühungen: An welchen Stellen setzt die Koalition mit Investitionen Akzente?

Barthle: Investitionen in Bildung und Forschung sind Zukunftsinvestitionen für Deutschland und ganz klar ein Schwerpunkt dieser Koalition. Wir erhöhen im nächsten Jahr erneut die Mittel für diesen Bereich um über sechs Prozent bzw. um gut 800 Millionen Euro. Das Bildungs- und Forschungsministerium verfügt dann über 13,75 Milliarden Euro. Weiter investieren wir in den Bereich der inneren Sicherheit und erhöhen die Mittel zum Kampf gegen den Rechtsextremismus. Schließlich wird auch der Etat des Entwicklungshilfeministeriums erhöht. Gegenüber den ursprünglichen Planungen werden weitere 670 Millionen Euro an Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

Welche Investitionswünsche bleiben auf der Strecke?

Barthle: Es ist ein Erfolg, dass wir in Zeiten der Haushaltskonsolidierung stabil über zehn Milliarden Euro für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bereitstellen können. Aber in

diesem Bereich wären zusätzliche Ausgaben wünschenswert, beispielsweise um unsere Straßen und Brücken sanieren und auch die erforderlichen Neubauten vornehmen zu können.

„Deutschland bleibt Konjunkturlokomotive in Europa“

Ziel ist es, spätestens 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Angesichts höherer Steuereinnahmen und niedriger Zinsen: Geht das nicht schneller?

Barthle: Ich wehre mich nicht dagegen, wenn wir den ausgeglichenen Haushalt bereits vor dem Jahr 2016 erreichen. Nur werden die Zinsausgaben in den kommenden Jahren wieder steigen, und zusätzliche Spielräume bei den Steuereinnahmen und durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehe ich nicht. Deshalb müssen wir weiterhin diszipliniert die Ausgaben stabil halten. Die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen werden wir Schritt für Schritt mit den steigenden Einnahmen schließen.

Müssten wir nicht mit Blick auf die Schuldenkrise in einigen Euro-Ländern mit gutem Beispiel vorangehen und die Neuverschuldung noch stärker einschränken?

Barthle: Deutschland ist und bleibt Konjunkturlokomotive und Stabilitätsanker in Europa. Unser Land hält verlässlich alle internationalen Konsolidierungsverpflichtungen ein. Deutliche Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungsorgien, wie sie die Opposition vorschlägt, würden die Konjunktur schwächen – das wäre weder im deutschen noch im europäischen Interesse.

Vorrang für Bildung und Forschung

Dem Sparzwang zum Trotz: Mehr Mittel für das Schlüsselressort im Haushaltsplan 2013

Bildung und Forschung haben für die christlich-liberale Koalition einen überaus hohen Stellenwert. Während in den meisten Einzeljets gespart werden muss, erhält das Ressort, das Schlüssel für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist, in dieser Wahlperiode über 13 Milliarden Euro zusätzlich. Im Haushaltsplan 2013 verzeichnet das Ressort mit einem Zuwachs von 800 Millionen Euro oder 6,2 Prozent die höchste Steigerungsrate.

Insgesamt umfasst das Budget für Bildung und Forschung im kommenden Jahr 13,75 Milliarden Euro. Das sind 82 Prozent mehr als 2005, dem letzten Haushalt unter Rot-Grün. Das beim Qualifizierungsgipfel 2008 ausgegebene Ziel, bis 2015 zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung aufzuwenden, liegt zum Greifen nahe.

Als Antwort auf doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht stellt die Koalition im Jahr 2013 den Ländern 1,85 Milliarden Euro für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze zur Verfügung. Hinzu kommen unter anderem Mittel für den Hochschulbau in Höhe von 695 Millionen Euro und 200 Millionen Euro für den Qualitätspakt Lehre. Für die Studienfinanzierung, also für BAföG und Stipendien, ist im nächsten Jahr mehr als eine Milliarde Euro vorgesehen.

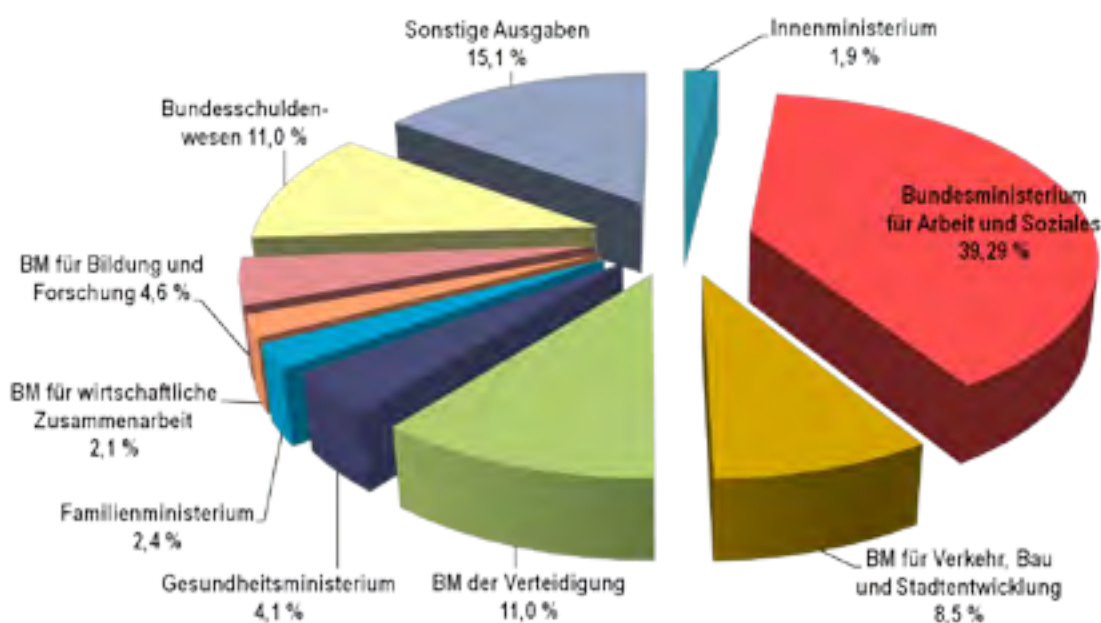
Nie waren Bildungschancen größer als heute

Auch für die Forschung gibt die Koalition mehr aus. Die Universitäten profitieren insbesondere von der Exzellenzinitiative (363 Millionen Euro) und dem Hochschulpakt (318 Millio-

nen Euro). Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) erhält erstmals mehr als eine Milliarde Euro vom Bund, und für die Forschungsbauten an Hochschulen stehen 298 Millionen Euro bereit. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhalten mit den im Pakt für Forschung und Innovation vereinbarten fünf Prozent plus weiterhin Planungssicherheit auf hohem Niveau.

Die Investitionen zahlen sich aus: Nie waren die Bildungschancen in Deutschland größer als heute. Nie gab es mehr Abiturienten, Studierende, Promovierende, wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren. Außerdem belegt Deutschland wieder Spitzenplätze im internationalen Vergleich, z.B. Platz sechs im jüngsten Bericht des Weltwirtschaftsforums über die Wettbewerbsfähigkeit von 144 Staaten.

Gesamtausgaben des Bundes im Jahr 2013: 302,2 Mrd. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Weg frei für Fiskalpakt und Rettungsschirm ESM Bundesverfassungsgericht lehnte Anträge der Gegner ab

Die Zustimmungsgesetze zum Fiskalpakt und zum Rettungsschirm ESM sind verfassungsgemäß. Das hat das Bundesverfassungsgericht in dieser Woche entschieden und damit mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt. Die Antragsteller sind mit ihrem Ziel, das Inkrafttreten der Verträge zu verhindern, gescheitert.

Karlsruhe erteilt Auflagen

Für das endgültige Inkrafttreten des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM hat das Gericht allerdings zwei Auflagen erteilt. Deutschland muss völkerrechtlich – also gegenüber allen anderen am ESM beteiligten Staaten – sicherstellen, dass die Haftung Deutschlands auf jeden Fall auf die vertraglich vereinbarte Summe von 190 Milliarden Euro begrenzt bleibt. Zudem soll auch gegenüber den anderen Vertragsstaaten gewähr-

leistet werden, dass Bundestag und Bundesrat umfassend über die Arbeit des ESM unterrichtet werden.

Bundestag muss Kontrolle über Haushalt behalten

Maßstab war die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestags. Das Demokratieprinzip erfordert, dass der Bundestag über die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand entscheidet. Die Abgeordneten als gewählte Repräsentanten des Volkes müssen die Kontrolle über alle relevanten haushaltspolitischen Entscheidungen behalten. Beim Fiskalpakt und beim ESM ist dies gewährleistet. Für den Rettungsschirm wird die ausreichende Kontrolle des Parlaments vor allem durch die Einbindung des Bundestags in die Entscheidungsprozesse gesichert.

Europaweit war die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts mit



© Thomas Becker - Fotolia.com

Spannung erwartet worden. Deutschland ist das einzige Euro-Land, das den ESM, der eigentlich bereits am 1. Juli 2012 in Kraft treten sollte, noch nicht ratifiziert hat.

EZB soll europäische Bankenaufsicht übernehmen EU-Kommission stellt Pläne vor – Union fordert Qualität vor Schnelligkeit

Die EU-Kommission hat am Mittwoch ihre Pläne für eine einheitliche Bankenaufsicht in der Euro-Zone vorgelegt. Danach sollen alle 6.000 Geldinstitute in den 17 Euro-Ländern von der Europäischen Zentralbank (EZB) kontrolliert werden. Die neue Aufsicht soll unter anderem über Banklizenzen, Fusionen und Kapitalausstattung entscheiden. Bereits Anfang nächsten Jahres soll sie nach dem Willen der Kommission die Arbeit aufnehmen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel mahnte in ihrem Beitrag zur Generaldebatte im Bundestag vor Schnellschüssen beim Aufbau der europäischen Bankenaufsicht. Es gehe um die

„Qualität der Überwachung und nicht allein um Quantität“, sagte Merkel. Die christlich-liberale Koalition vertritt die Auffassung, dass die europäische Bankenaufsicht in erster Linie die großen, systemrelevanten Institute überwachen soll. Sparkassen und Volksbanken könnten dann weiterhin von den nationalen Aufsichtsbehörden, im Falle Deutschlands der BaFin, kontrolliert werden.

Subsidiaritätsprinzip beachten

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister, und der finanzpolitische Spre-

cher Klaus-Peter Flosbach äußerten sich ebenfalls kritisch. „Bei der Stärkung der europäischen Aufsicht sind allerdings die geldpolitische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu wahren und das Subsidiaritätsprinzip zu beachten“, erklärten sie. Den Zeitplan der EU-Kommission bezeichneten sie als zu optimistisch.

Meister und Flosbach warnten zudem davor, die Bankenaufsicht mit Elementen einer Bankenunion zu vermischen. Einem Bankenabwicklungsfonds und einem Einlagensicherungsfonds erteilten sie eine Absage.

Ein echter Freund Japans

Kauder besucht zum dritten Mal den „fernen“ Partner

Nicht jeder mag weite Reisen. Doch ein langer Weg lohnt sich oft. So ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Volker Kauder, nach mehrfachen Besuchen in Japan zu einem echten Freund des Landes geworden. Umgekehrt wird er in Tokio mittlerweile als einer der wichtigsten Botschafter Deutschlands angesehen. Anfang August besuchte Kauder gemeinsam mit CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und dem außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Philipp Mißfelder, erneut Japan. Es war sein dritter Besuch im Land der aufgehenden Sonne innerhalb von drei Jahren.

Gespräche über den Euro

Im Mittelpunkt der Gespräche in Tokio standen diesmal vor allem die Euro-Staatsschuldenkrise und die Lage an den Finanzmärkten. Auch wenn Japan über 9.000 Kilometer von Deutschland entfernt ist: Die Sorgen um die Entwicklung in Europa sind dort genauso groß wie in vielen anderen Teilen der Welt. Kauder erläuterte bei seinen Treffen unter anderem mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Katsuya Okada und Wirtschaftsminister Yukio Edano den Kurs der Bundesregierung und der Koalition zur Überwindung der Krise.

Vor Medien unterstrich der Fraktionschef anschließend: „Wir haben insbesondere die Position herausge-



Foto: Deutsche Botschaft Japan

Volker Kauder nahm an der Gedenkfeier zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki teil

strichen, dass in Europa Solidarität und Solidität zwei Seiten derselben Medaille sein müssen. Die japanische Regierung hat uns versichert, dass sie Deutschland und Europa bei ihren Bemühungen zur Stabilisierung des Euro unterstützen wird.“ Damit spielte er darauf an, dass Japan in jüngster Zeit seine Einlagen im Internationalen Währungsfonds (IWF) erhöht hat, um ihn für den Kampf gegen die Staatsschuldenkrise in Europa besser auszustatten.

Gedenkfeier für die Opfer von Nagasaki

Der Höhepunkt der Reise war die Teilnahme von Kauders Delegation an der Gedenkfeier für die Atomkatastrophe von Nagasaki vor 67 Jahren. Als „Repräsentant Europas“ angekündigt legte Kauder zum Gedenken an die weit über 100.000 Opfer des Atombombenabwurfs einen Blumenkranz nieder. Bei der Zeremonie war traditionsgemäß die gesamte politische Spitze Japans anwesend.

Kauder bezeichnete es als große Ehre, dass er an der Gedenkveranstaltung teilnehmen durfte. Er war der erste hochrangige deutsche Politiker, dem dies zuteil wurde. Im Anschluss sagte er: „Besonders die Schilderungen der Überlebenden haben verdeutlicht, welche Ausmaße der Atombombenabwurf hatte. Gemeinsam mit der Katastrophe von Hiroshima wird Japan davon bis zum heutigen Tag geprägt. Das war deutlich zu spüren.“ Eine Welt ohne Atomwaffen müsse nach wie vor Ziel der internationalen Politik sein.



Foto: Deutsche Botschaft Japan

Philipp Mißfelder, Gerda Hasselfeldt, der stellvertretende Ministerpräsident Japans, Katsuya Okada, Volker Kauder und Botschafter Volker Stanzel (v. l.n.r.)

Religionsfreiheit – ein fundamentales Menschenrecht

Volker Kauder gibt ein Buch über „Verfolgte Christen“ heraus

Quelle: ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen



Kauder wirbt bei UN-Generalsekretär Ban Ki Moon für die Religionsfreiheit

Der Einsatz für das Recht, seinen Glauben frei zu leben, ist Volker Kauder ein Herzensanliegen. Im Bundestag, in seiner Fraktion und auf Auslandsreisen setzt sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wieder für Religionsfreiheit ein. Besonders für verfolgte Christen in aller Welt erhebt er seine Stimme. Nun hat er ein Buch herausgegeben, in dem es nicht nur um theoretische Grundlagen, sondern konkret um die Lage von Christen in Ländern wie Indien, Ägypten oder Nigeria geht.

„Verfolgte Christen – Einsatz für die Religionsfreiheit“ heißt das Buch, für das auch Erzbischof Ludwig Schick, der Vorsitzende der Kommission „Weltkirche“ der Deutschen Bischofskonferenz, und Bischof Martin Schindelhütte, Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Beiträge verfasst haben. Als Begründung für sein Engagement schreibt Kauder, dass Christen „die Religionsgruppe sind, deren Angehörige am häufigsten verfolgt werden“. Darüber hinaus fordere die Bibel die Christen mit deutlichen Worten auf, füreinander einzustehen.

Wertegeleitete Außenpolitik

Das Thema Religionsfreiheit ist nach Ansicht Kauders zu lange vernachlässigt worden. Daher zeigt er sich froh darüber, dass die christlich-liberale Koalition die erste Bundesregierung ist, die sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zum weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit bekannt hat. „Es geht uns in unserer wertegeleiteten Außenpolitik um Religionsfreiheit als universales Recht“, betont er.

Dabei macht er gleichzeitig klar, dass es keinesfalls Ziel sei, exklusive Rechte für bestimmte Gruppen einzufordern. Religionsfreiheit gelte für alle Menschen, egal welchen Glaubens, gleichermaßen. Daher müsse es nicht nur Christen in islamischen Ländern gestattet sein, Kirchen zu errichten, sondern auch Moslems, in Deutschland Moscheen zu bauen. Wenn seine Menschenrechtspolitik Erfolg haben solle, müsse Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen.

Kulturelles Erbe bewahren – Avantgarde fördern

Broschüre zur Kulturpolitik der Koalition

Deutschland ist eine Kulturnation. Was das für die Menschen in unserem Land bedeutet, umschreibt Wolfgang Börnsen so: „Kultur schafft Lebensfreude, stiftet Identität und prägt unseren Alltag in allen Lebensbereichen.“

„Keine staatliche Gängelung“

Der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellte in dieser Woche gemeinsam mit der Vorsitzenden des Kulturausschusses im Bundestag, Monika Grütters, und dem Obmann

im Kulturausschuss, Marco Wanderwitz, eine Broschüre vor, die eine Bilanz der Kulturpolitik der christlich-liberalen Koalition zieht.

Unter dem Titel „Kultur fördern, unser Erbe bewahren – Kulturpolitik für Deutschland“ schreiben eine Reihe von engagierten Unionsabgeordneten über die verschiedenen Aspekte der Kulturpolitik – von der Filmförderung über die Kulturstiftung des Bundes bis zur Deutschen Digitalen Bibliothek. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder widmet sich in einem Beitrag dem Urheberrecht im Zeitalter des Internets. Der Kerngedanke dabei

lautet: „Wir müssen die Grundlagen dafür erhalten, dass ein Künstler von seiner Arbeit leben kann.“

Börnsen betonte, der Staat müsse die Rahmenbedingungen dafür stellen, dass Kunst und Kultur sich frei entfalten könnten. „Eine staatliche Gängelung darf es nicht geben.“ Grütters betonte, es gehe zum einen um die Bewahrung des kulturellen Erbes, zum anderen aber auch um das Neue, „die Avantgarde“.

Die Broschüre kann unter fraktion@cducsu.de bestellt und unter www.cducsu.de/publikationen heruntergeladen werden.

Einblicke in die Arbeit des Parlaments

Die Unionsfraktion beim Tag der offenen Tür im Bundestag

Fraktionssäle, Plenum, Abgeordnete – was viele Bürger nur aus dem Fernsehen kennen, konnten sie beim Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag auf Tuchfühlung erleben. Fast 23.000 Besucher warfen einen Blick hinter die Kulissen des Politikbetriebs. Politiker der CDU/CSU-Fraktion diskutierten mit den Bürgern über den Euro, die Energiewende und die Familienpolitik. Auch Spiel und Spaß für die Kleinen kamen nicht zu kurz.

Nicht nur Frauen, sondern auch viele Männer stellten Rita Pawelski, der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen, Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei betonte die CDU-Politikerin die Erfolge des Elterngelds. 25 Prozent der Väter nahmen sich – unterstützt durch das Elterngeld – mehr Zeit für ihr neugeborenes Kind, sagte sie. Auch Unternehmen sähen allmählich die Notwendigkeit von Betriebs-Kitas oder flexibleren Arbeitszeiten ein.

Mit der rechtspolitischen Sprecherin Andrea Voßhof diskutierten die Bürger über die erleichterte Möglichkeit für unverheiratete Väter, das Sorgerecht für ihre Kinder zu bekommen. Es gab für diesen Vorstoß der Union viel Lob. Kritischeren Fragen sah sich



Foto: Steven Rösler

Fitness-Test am Rudergerät

Marie-Luise Dött, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, ausgesetzt. Sie verteidigte die Energiewende, wies aber auf die zahlreichen Herausforderungen beim Netzausbau und für die Preisstabilität auf dem Stromsektor hin.

Dirndl und Brezn – die CSU-Landesgruppe

Mit frischen Brezn für die Besucher und in traditioneller Dirndl-Tracht präsentierten sich die Mitarbeiterinnen der CSU-Landesgruppe. Ein japanischer Besucher mutmaßte gar, dass

Disney-World nach Berlin umgezogen sei. Bei aller Gaudi – es wurde auch über harte politische Themen diskutiert. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, betonte etwa die europapolitische Verantwortung der CSU.

Manager im Parlament

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer stellte seine Arbeit als Manager im Parlament vor. Er berichtete davon, wie er Mehrheiten organisiert und mit der Opposition zusammenarbeitet. Als taktisches Foul kritisierte der HSV-Fan das Verhalten der Opposition bei der ersten Lesung zum Betreuungsgeld. Einblick in die Arbeit der Politiker gaben auch Eduard Oswald, Vizepräsident des Bundestages, und Wolfgang Zöllner, der Patientenbeauftragte der Bundesregierung.

Geistige und körperliche Fitness auf dem Prüfstand

Spiel und Spaß kamen nicht zu kurz: An Rudergeräten konnten die Besucher gegeneinander antreten und dabei ihre Fitness testen. Die kleinen Gäste übten ihre Geschicklichkeit beim Angelspiel. Beim Quiz stand das Wissen der Bürger über Politik auf dem Prüfstand.



Foto: Steven Rösler

Marie-Luise Dött stellt sich den Fragen der Besucher

Im neuen Gewand

Unionsfraktion führt neue Geschäftsausstattung ein – Webseite im neuen Design

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihr neues Erscheinungsbild eingeführt. Nach der parlamentarischen Sommerpause wurde die neue Geschäftsausstattung vorgestellt und der Web-Auftritt im neuen Design freigeschaltet. Auch die Pressewände, Messe-Aufsteller und die erste Publikation sind „im neuen Gewand“ erschienen.

Einheitliches Erscheinungsbild nach innen und außen

Die Fraktion hat ihr Erscheinungsbild erneuert, um es an die heutigen Sehgewohnheiten anzupassen. Das neue Design wirkt frischer und zeitgemäßer als das 1999 entwickelte dunkelblaue, das nach heutiger Einschätzung schwerfällig erscheint. Insgesamt wird das neue Erscheinungsbild die politische Positionierung der Unionsfraktion besser unterstützen.

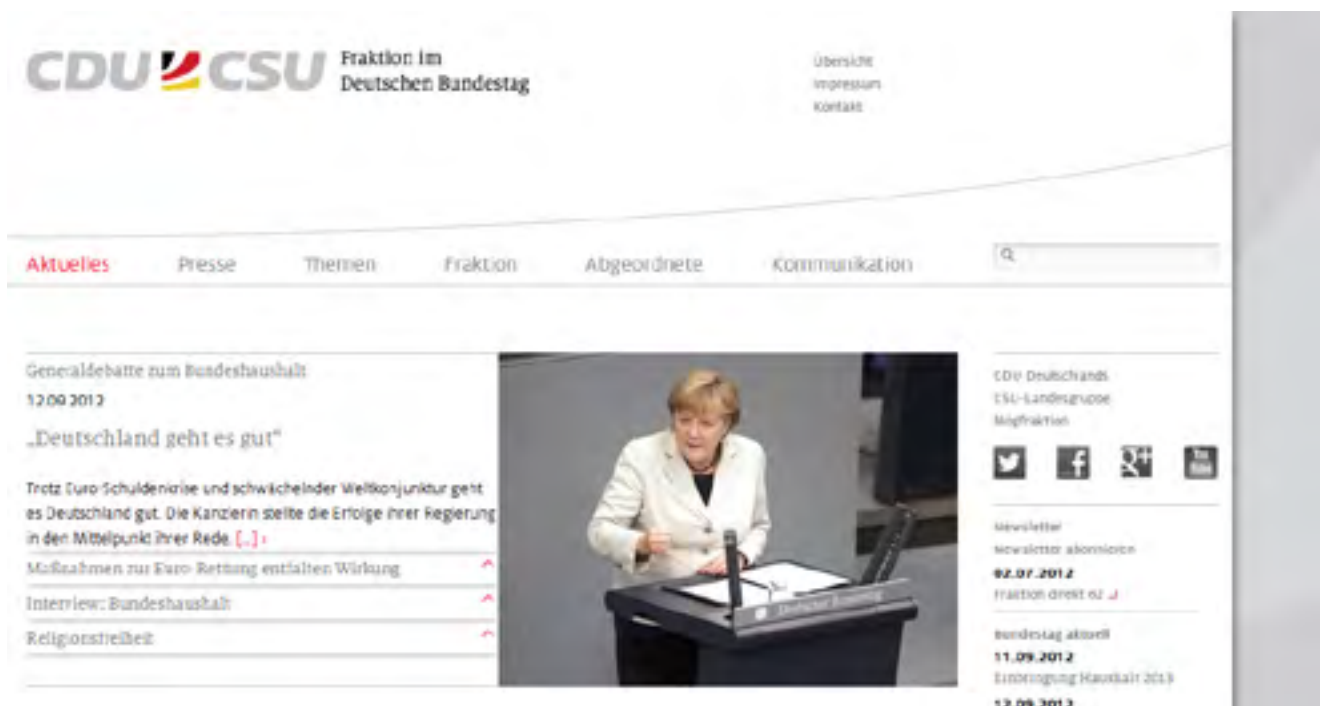
In der Sommerpause wurden alle Kommunikationsmedien ausgehend von der neuen Wortbildmarke (schwarz-rot-goldener Kuppelschwung zwischen grauem CDU/CSU-Typogramm) entwickelt. Es wurden digitale Vorlagen und Druckbögen für die komplette Geschäftsausstattung erstellt und an alle Fraktionsbüros bzw. Rechner verteilt. Die Geschäftsausstattung umfasst Briefbögen und Umschläge, Gruß- und Visitenkarten, Vermerke, Tagesordnungen und Einladungen, Presse- und Faxmitteilungen, den Blauen Plan, die Balkenschreiben, Notizblöcke, und Kugelschreiber, Tagungsmappen, E-Mail-Signatur sowie Powerpoint-Vorlagen. Die neue Hausschrift der Fraktion ist die Schriftfamilie Milo.

Die neue Geschäftsausstattung ist nicht nur zeitgemäßer, sondern wird auch helfen, ein einheitliches Erscheinungsbild nach innen und au-

ßen abzugeben. Sie soll Arbeitsabläufe vereinfachen und die Praktikabilität erhöhen.

Webseite im neuen Design

Auch die Webseite www.cducusu.de wurde vom Design her komplett erneuert. Wie bei den Printprodukten sind auch hier der Kuppelschwung und die Schrift Milo prägnante Merkmale. Die Navigation ist nicht mehr vertikal, sondern horizontal angeordnet: Inhalte lassen sich so intuitiv finden. Die Seite ist kompakter, da vier Meldungen im neuen sogenannten Akkordeon-Slider – also Zeilen zum Aufklappen – präsentiert werden. Nutzer erhalten damit einen schnellen Überblick über die aktuellen Themen und Ereignisse. Der Kalender in der zweiten Ebene ist größer und übersichtlicher geworden, damit die Inhalte leichter auffindbar sind.



89 Prozent der Dreijährigen besuchen Kindergarten

Deutschland weit über OECD-Durchschnitt

Wiesbaden – Der Anteil der Dreijährigen, die einen Kindergarten oder eine vergleichbare Einrichtung des Elementarbereichs besuchen, lag in Deutschland im Jahr 2010 mit 89 Prozent weit über dem OECD-Durchschnitt von 66 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, gab es in Thüringen (96 Prozent), Rheinland-Pfalz (95 Prozent) sowie Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt (jeweils 94 Prozent) die höchsten Betreuungsquoten. Dagegen fielen die Anteile in nahezu allen nördlichen Bundesländern gering aus: Hamburg und Schleswig-Holstein verzeichneten jeweils 80 Prozent, Bremen 81 Prozent sowie Niedersachsen 82 Prozent.

Von den vierjährigen Kindern besuchten in Deutschland mit 96 Prozent ebenfalls erheblich mehr einen Kindergarten als im OECD-Durchschnitt (79 Prozent). Die Werte für die Bundesländer bewegten sich zwischen 88 Prozent in Hamburg und 99 Prozent in Baden-Württemberg.

Bei den Fünfjährigen schwankten die Anteile lediglich zwischen 93 Prozent (Berlin und Schleswig-Holstein) und 98 Prozent (Rheinland-Pfalz). Auch hier lag die Beteiligungsquote insgesamt mit 96 Prozent deutlich über dem OECD-Durchschnitt (78 Prozent).



Zeichnung: Tomnick

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- | | |
|--------------------|----------------------------------|
| 24. September 2012 | Kongress Sozialwahl |
| 15. Oktober 2012 | Kongress Wandel durch Erinnerung |
| 17. Oktober 2012 | Kongress Kommunen |
| 22. Oktober 2012 | Forum energiepolitischer Dialog |

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Private Kindergärten bevorzugt

In Deutschland besuchten 35 Prozent der Kinder öffentliche und 65 Prozent private Einrichtungen. Im OECD-Durchschnitt war das Verhältnis umgekehrt: 63 Prozent der Kinder waren in öffentlichen und 37 Prozent in privaten Einrichtungen. Auf eine Betreuerin oder einen Betreuer kamen in Deutschland zehn Kinder, im OECD-Durchschnitt waren es zwölf.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trauert um **Jürgen Herrmann**. Herrmann, der seit 2002 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Höxter und Lippe II war, verstarb plötzlich während seines Urlaubs am 11. August 2012. Er hinterlässt seine Frau und zwei erwachsene Söhne.

Für Herrmann ist der bisherige Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, **Hubert Hüppe**, in den Bundestag nachgerückt.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt